

nomischen und kulturellen Fragen und Aufgaben bewährt, ebenfalls die regelmäßigen Tagungen der Bezirks- und Kreisausschüsse der Nationalen Front der DDR zu Problemen der politischen Massenarbeit. Diese Methoden haben bereits in einer Vielzahl von Wohnbezirks-, Stadt- oder Ortsausschüssen ihre Bewährung bestanden, aktivieren das gesellschaftliche Leben.

Für ein gut funktionierendes Alltagsleben

Bedeutende Fortschritte für die Qualität der Lebensbedingungen der Bürger bleiben nicht aus, wo in Städten und Gemeinden die Sekretäre der Grundorganisationen der SED ihre kameradschaftlichen Kontakte mit den Vorsitzenden der Grundeinheiten der befreundeten Parteien gut nutzen, wo sie Beratungen der Ausschüsse der Nationalen Front in enger Abstimmung mit den Volksvertretern gemeinsam gründlich vorbereiten, zum Beispiel zur Mitwirkung in der Bürgerinitiative „Mach mit!“, Erarbeitung und Durchsetzung von Prinzipien der Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, Versorgungs- und Ortsgestaltungskonzeptionen.

„Die Parteiorganisationen sichern durch ein enges Zusammenwirken mit den Abgeordneten der Volksvertretungen und den in der Nationalen Front der DDR vereinten befreundeten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, daß die kommunalpolitischen Fragen fester Bestandteil des täglichen politischen Gesprächs mit den Menschen sind, und sorgen ... für ein insgesamt funktionierendes Alltagsleben in den Städten und Gemeinden“, heißt es dazu in der Direktive des ZK der SED für die Parteiwahlen 1988.

Der regelmäßige Gedanken- und Erfahrungsaustausch, unter anderem die Teilnahme unserer Parteisekretäre an den Jahreshauptversammlungen der befreundeten Parteien, wie auch von Sekretären der Grundeinheiten der befreundeten Parteien an Delegiertenkonferenzen sowie Berichtswahlversammlungen der SED sind wirksame Elemente differenzierter politisch-ideologischer Massenarbeit. Dieser Gedanken- und Erfahrungsaustausch ermöglicht, anstehende Probleme besser kennenzulernen, die besten Argumente zu finden, um alle Bürger zu erreichen.

Dazu heißt es im Beschluß des Politbüros vom 24. April 1988 zum Bericht der Bezirksleitung Neubrandenburg: „Von entscheidender Bedeutung ist, wie unter Führung unserer Partei die Bündnispolitik in jedem Territorium konstruktiv verwirklicht wird, wie über die in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen möglichst alle Bürger in die gemeinsame Lösung der Aufgaben einbezogen werden und so das Vertrauensverhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern ständig weiter gefestigt wird.“ Das gilt auch für die gemeinsame Vorbereitung von Wahlen zu den Volksvertretungen, wo es nicht zuletzt darum geht, solche Bürger als Kandidaten für Abgeordnetenmandate vorzuschlagen, die die Interessen aller Bevölkerungsschichten durch ihre aktive Arbeit zum Ausdruck bringen, bis hin zur Wahl der Bürgermeister und Ratsmitglieder.

Wahrgenommene politische Verantwortung

Mit ihren insgesamt 480000 Mitgliedern sind die befreundeten Parteien eine aktive politische Kraft mit bedeutender Ausstrahlung an der Seite der 2 327 948 Mitglieder und Kandidaten der SED. Allein 13 Prozent aller Genossenschaftsbauern und 20,3 Prozent der privaten Handwerker, Gewerbetreibenden und Einzelhändler befinden sich unter der Mitgliedschaft. Als Mandatsträger sind die befreundeten Parteien mit annähernd 60 000 Abgeordneten und Nachfolgekandidaten in der Volkskammer und in den örtlichen Volksvertretungen präsent. Für die gleichberechtigte und aktive